

Blickpunkt Nationalkongreß: Bilanzen und Konsequenzen

Schlußfolgerungen der Medizinischen Fakultät

Der Rat der Medizinischen Fakultät unter Leitung des Dekans, Prof. Dr. Wilh. Führ, hat in einer Sondersitzung die ethische und historische Bedeutung des nationalen Dokuments gewürdigt und in einem Brief an den Nationalkongreß u. a. folgende Verpflichtungen übernommen:

Für die Medizinische Fakultät ergeben sich aus dem nationalen Dokument gegenüber folgende spezielle Schlußfolgerungen:
Die Übernahme komplexer Forschungsthemen, an welchen mehrere Kliniken und Institute interessiert sind und die auch für das staatliche Gesundheitswesen von akuter Bedeutung sind, um in stärkerem Maße eine noch zweckdienlichere Forschung zu betreiben.

Die noch weitere Hebung des Niveaus der wissenschaftlichen Anforderungen (Dissertationen, Habilitationsschriften, Externen usw.), um hochqualifizierte Ärzte und Wissenschaftler auszubilden.

Die Reaktivierung unserer Arbeit mit den Institutionen, mit welchen die Fakultät Patenschaftsverträge hat. Darüber hinaus hat die Fakultät sich verpflichtet, auch die wissenschaftliche Betreuung des Gesundheitswesens von Karl-Marx-Stadt durch ihre Institutionen zu übernehmen. Für das Gesundheitswesen im Bezirk Leipzig besteht diese Betreuung bereits.

Die Überwindung der Zweigleisigkeit der fachlichen und der gesellschaftlichen Erziehung der Studenten, die beide eine Einheit bilden und nicht zu trennen sind.

Die bereits eingeleitete Verbesserung des Studiums der Studenten durch Schwerpunktverlagerung des Lehrstoffes, besonders in der Vorklinik, und durch eine

stärkere Ausrichtung der naturwissenschaftlichen Fächer auf das Medizinstudium fortzuführen, um bessere Examensergebnisse und somit auch für später bessere Leistungen zu erzielen.

Die besondere Betonung des prophylaktischen Gedankens in der Medizin auch im klinischen Unterricht.

Die epidemiologische Fortbildung der Ärzte des Bezirkes in Sonderkursen, insbesondere durch die seuchhygienischen und hygienischen Institutionen unserer Fakultät, um eine bessere Ausbildung der bereits praktizierenden Ärzte in diesen Fragen zu erreichen.

Aus Ergänzungs- und Änderungsvorschlägen für den Wortlaut des nationalen Dokuments

Prof. Dr. Felix-Heinrich Gentzen, Leiter der Abteilung Polen am Institut für Geschichte der europäischen Völkdemokratien, unterbreitete dem Büro des Nationalrates der Nationalen Front eine Reihe Änderungsvorschläge zum nationalen Dokument. Unter anderem schreibt er:

Ich halte es für sehr wertvoll, daß das nationale Dokument trotz der arbeitfeindlichen und antikommunistischen Grundhaltung Seecks seine realistische militärpolitische Einschätzung der Lage der hitlerischen und heutigen Bonner Militärpolitik gegenüberstellt. In Anbetracht der sich ständig steigenden revanchistischen Hetze offizieller Bonner Politiker gegen die Grenzen der Volksrepublik Polen dürfte m. E. aber die Tatsache nicht völlig verschwiegen werden, daß Seeck seine der Sowjetunion gegenüber reale Politik mit der Ansicht verband, Deutschland, Macht recht bald wiederherzustellen, um die nach dem ersten Weltkrieg verlorenen Gebiete zurückzuerobern und Polen von der Landkarte verschwinden zu lassen.

In der Kabinettsitzung vom 24. 6. 1923 erklärte er offen: „Bündnisfähig sind wir erst wieder, wenn wir eine Macht werden; sobald wir eine Macht sind, werden wir uns selbstverständlich das verlorene Land

So mißbrauchten sie jugendliche Begeisterung

Von Dr. Friedrich Kortüm, komm. Direktor des Geophysikalischen Institutes

Das nationale Dokument spricht von der Irreführung breiter Schichten der Bevölkerung durch eine wirtschaftliche Scheinblüte in Vorbereitung eines neuen Raubkrieges damals, vor 1939, wie auch heute in Westdeutschland:

Hierfür zwei Beispiele aus eigenem Erleben:

Noch während meiner Schulzeit — kaum 16 Jahre alt — kam ich 1929 zur Segelfliegerei und lernte hierbei auch später die Meteorologen und Flugzeugführer der Wetterflugstelle Königsberg kennen. Dies hatte auf meine Berufswahl entscheidenden Einfluß. Nach dem 2. Semester Geophysik-Studium erhielt ich Ende 1933 ein Angebot der damaligen, angesehenen Deutschen Verkehrsfliegerschule, München, die Flugzeugführerschule in Gotha zu absolvieren. Ich sagte zu, und voll jugendlicher Begeisterung zog ich mit etwa 150 Gleichgesinnten Anfang Juli 1934 durch das Tor des Gothaer Flugplatzes. Ober dem Tor grüßte uns das Pirmenschild: „Reklamefliegerabteilung der Deutschen Verkehrsfliegerschule München“.

Als Zivilisten waren wir internatistisch untergebracht und hatten nur einen Wunsch, möglichst viel zu fliegen. Der

wurde uns erfüllt — bis zu jenem Abend Anfang Dezember 1934, als wir in die Turnhalle gebeten wurden und uns der spätere General Christiansen eröffnete, wir hätten die große Ehre, den Grundstock der neuen Luftwaffe zu bilden. Viele von uns, etwa ein Drittel, unter ihnen auch ich, verzichteten jedoch auf diese Ehre und wurden kurz vor dem Haus geschickt. Später nach einem Jahr wurde mir eröffnet, daß ich durch Gnadenerlaß als Reservist in die Luftwaffenreserve übernommen sei.

Kurz nach Abschluß meines Studiums, gegen Ende 1938, schrieb mir mein Doktorvater, Dr. Schwerdtfeger, in Gadow bei Berlin werde eine neue Methode der Wetterflieger erprobt, die Wetterstreckenerkundung, die berufen sei, die Wetteraufstiegsstellen abzulesen. Wenn ich nach Abschluß meines Studiums Lust hätte, usw. ... Natürlich hatte ich Lust. Am 12. 4. 1939 unterschrieb ich meinen ersten Anstellungsvertrag als Angestellter des damaligen Reichswetterdienstes und Flugmeteorologe der Wettererkundungsstaffel.

Am Tage des Einmarsches der faschistischen Truppen in Polen wurde aus der zivilen Wettererkundung eine Fernaufklärung der damaligen Luftwaffe.

Beide Ereignisse zeigen, wie jugendliche Begeisterung und Tatendrang bewußt zur Kriegsvorbereitung ausgenutzt wurden. Dies konnte um so leichter geschehen, da im Verlauf der schulischen Erziehung damals wie heute in Westdeutschland die geschichtlichen Ereignisse verfälscht und vom Standpunkt der herrschenden Großbourgeoisie gelehrt wurden, jener Klasse, die den Antikommunismus zur Staatsraison erhob und in unheilvoller Verknöcherung der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft und des wahren Kräfteverhältnisses zur Wiederaufrüstung und zur Revanchepolitik drängte.

Es bedauerte mich vieler persönlicher Erlebnisse von 1939 bis 1939, als ich den Antrag stellte, als Kandidat in die Reihen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aufgenommen zu werden, um zu erkennen, daß allein die klassenbewußte Arbeiterschaft in der Lage und willens ist, die deutsche Nation in eine Zukunft der friedlichen und schöpferischen Arbeit, des gesicherten Wohstandes für alle zu führen.

wiederzuerobern.“ (Zit. nach: Locarno-Konferenz 1923. Eine Dokumentensammlung, Hrsg. vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Berlin 1962, S. 33.) In einem Brief an den Reichskanzler Wirth äußerte er: „Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden.“ (Zit. nach: O. E. Schüdschopf, Das Heer und die Republik, Frankfurt a. M. 1955, S. 163.)

Dr. Heinz Bartel von der Abteilung Wirtschaftsgeschichte und Geographie an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät hat in Übereinstimmung mit seiner Gewerkschaftsgruppe u. a. folgenden Vorschlag zum nationalen Dokument an den Nationalkongreß gemacht:

Für die einzelnen Abschnitte, die die Einschätzung des deutschen Imperialismus ab der Periode des ersten Weltkrieges betreffen (S. 33, 49, 50, 51, 53, gesamter Abschnitt II, S. 74, 75 und 81) sind meiner Meinung nach die ökonomischen Zusammenhänge nicht genügend als Grundlage der politischen Herrschaft und der Aggressivität des deutschen Imperialismus und Militarismus herausgearbeitet.

Gerald Götting sprach vor Theologen

Der Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. D. Bardtke, konnte am vergangenen Donnerstag einen besonders prominenten Gast begrüßen. Der Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatsrats der DDR und Generalsekretär der CDU, Gerald Götting, sprach in einer Gastvorlesung vor dem Lehrkörper und den Studenten der Theologischen Fakultät über das nationale Dokument. Wie Prof. D. Bardtke im Anschluß an die mit großem Beifall aufgenommene Vorlesung zum Ausdruck brachte, war dies unmittelbar vor dem Nationalkongreß der Höhepunkt in der bisherigen Aussprache, die in der FDJ-Gruppe, der Gewerkschaftsgruppe und im Fakultätsrat der Theologischen Fakultät über dieses wichtige Dokument geführt wurden.

In seinen Ausführungen ging der Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden besonders auf die Verantwortung der Christen bei der Verwirklichung der im nationalen Dokument formulierten Aufgaben für die Zukunft Deutschlands ein. Die historischen Feststellungen des Dokuments erläuterte, sagte er, daß zum Menschsein notwendig ein Geschichtsbewußtsein gehöre, um wichtige Schlußfolgerungen aus der Vergangenheit zu ziehen. Gerald Götting zeigte an vielen Beispielen, wie in der Geschichte des deutschen Volkes gerade das Christentum so oft schamlos für antinationale und menschenfeindliche Ziele

mißbraucht und gerade im Raum der Kirche die verhängnisvolle Untertanenideologie geprägt wurde. Warnend verwies er in diesem Zusammenhang auf die heutige Entwicklung in Westdeutschland, wo die Sprache der Faschisten aus dem Munde von Männern kommt, die sich Christen nennen, und wo das Evangelium in unheilvoller Weise mit der Atompolitik verknüpft wird. Der christliche Glaube werde so in einem Maße mißbraucht, daß seine Existenz gleichsam bedroht ist.

Gedeh der Christ, der sich in der Friedensfrage besonders gefordert wissen müsse, dürfe die Gefährlichkeit dieser Entwicklung nicht bagatellisieren, denn dies hat das deutsche Volk schon einmal bitter bezahlen müssen. Der Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden hob die bedeutsame Rolle der DDR im Kampf um die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation, im Kampf um den Frieden besonders hervor. Es sei Christenpflicht, auf der Seite des deutschen Staates zu stehen, der die Sache des Friedens vertritt. In der DDR könnten die Christen im fruchtbaren Miteinander mit den Nichtchristen eine neue Prägung ihres Glaubens wahrnehmen, indem sie sich gemeinsam für eine friedliche und glückliche Zukunft einsetzen. Einzig die sozialistische Gesellschaftsordnung sei in der Lage, alles Positive und Vorwärtstreibende im Menschen zu entwickeln.

Erklärung des Rates der Theologischen Fakultät

Der Rat der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität hat sich auf Veranlassung des Akademischen Senats in einer ordentlichen Sitzung mit dem nationalen Dokument beschäftigt. Nachdem S. Magnifizenz der Rektor der Karl-Marx-Universität, Prof. Dr. h. c. Georg Mayer in das Wesen und den Sinn des nationalen Dokuments eingeführt hatte, ergaben sich in der Aussprache folgende Schlußfolgerungen:

1. Der Lehrkörper versucht, den Studenten zu helfen, daß sie in ihrem späteren Amt als Pfarrer das Evangelium in der Deutschen Demokratischen Republik freudig verkündigen und verantwortlich als Staatsbürger handeln.

2. Der Lehrkörper versucht, die Studenten zu ermutigen, an der Gestaltung eines

Warum ist die DDR mein Vaterland?

Vaterland — ein Wort, das in der Vergangenheit schon oft mißbraucht wurde, bedarf bei der Existenz zweier deutscher Staaten im Zusammenhang mit der Diskussion des Dokuments des Nationalrates einer näheren Erläuterung. Da mein Werdegang — und sicherlich das Leben eines jeden Deutschen — mit diesem Wort verknüpft ist, sei es gestattet, ein Beispiel daraus zu wählen, um dessen Inhalt etwas zu erhellern.

„Hein ins Vaterland!“ — Unter dieser Losung wurde ich im Jahre 1939 nach Polen umgelandet, und meine Eltern übernahmen dort eine Landwirtschaft, die kurz vor einem polnischen Bauern weggeworren worden war. War das unser Vaterland? Die Geschichte hat wenige Jahre später das gerechte Urteil gesprochen.

Sollte ich heute auf den Gedanken kommen, mein Geburtsland als mein Vaterland zu bezeichnen? Oder liegt es nicht viel näher, den Staat als Vaterland zu bezeichnen, der mir die Möglichkeit gab, zu lernen und mich weiterzuentwickeln? Die Wahl fällt hier leicht, wenn man weiß, daß es im anderen Teil Deutschlands mit schon aus „Herkunftsgründen“ sicherlich unmöglich gewesen wäre, eine Hochschule zu besuchen. Wichtig für die Entscheidung für ein Vaterland ist die Zukunft desselben, und um die Zukunft der Deutschen Demokratischen Republik braucht es uns nicht bange zu sein, denn die Richtung der Entwicklung wird durch die Fortschrittlichen Kräfte der deutschen Nation bestimmt.

Durch wissenschaftliche Arbeit dem Wohle des Volkes zu dienen, ist das Bestreben eines jeden Wissenschaftlers. Eine reale Möglichkeit zur Verwirklichung dieses Zieles ist nur in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat gegeben, weshalb es nur ein Vaterland für uns gibt, und das ist unsere Deutsche Demokratische Republik.

Sigurd Schienlein,
Wissenschaftlicher Assistent
am Geophysikalischen Institut

Immer auf der richtigen Seite

(Fortsetzung von Seite 1)

Ordnung fragwürdig geworden, und die 1929 aus der Latenz herausstreichende Wirtschaftskrise hat meinen geistig-politischen Klärungsprozeß beschleunigt. Im Jahre 1931 war ich an der damals erfolgten Gründung der Gesellschaft zum Studium der russischen Planwirtschaft maßgeblich beteiligt, und ein längerer Studienaufenthalt in der Sowjetunion im Jahre 1932 bewirkte mit seinen starken Eindrücken den endgültigen geistig-politischen Durchbruch.

Ohne der Kommunistischen Partei anzugehören, habe ich deren Position als Dozent in Vorlesungen vertreten. Zu meinen schönsten akademischen Erinnerungen gehört die im Wintersemester 1932/33 vor Hörsaal der Fakultäten der Universität Gießen gehaltene Vorlesung über das bolschewistische Rußland, die mir — wie nicht anders zu erwarten — nach Hitlers Machtantritt die Entlassung aus dem Hochschuldienst wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ einbrachte.

Unversitätszeitung: Aus Ihren Ausführungen dürfen wir entnehmen, daß Sie schon frühzeitig Partei ergriffen für die Sache des gesellschaftlichen Fortschritts und damit eine Entwicklung vorweggenommen haben, der sich auf die Dauer kein seiner Verantwortung bewußter Wissenschaftler entziehen konnte. Magnifizenz, Sie sind deshalb durch die Bürger unserer Stadt zum Nationalkongreß delegiert worden.

Rektor Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer: Ich empfinde meine Wahl zum Delegierten des Nationalkongresses als eine hohe Auszeichnung und in Anbetracht des großen historischen Auftrages dieses Kongresses als die Bekräftigung meines bisherigen politischen Wirkens.

Ein guter Vorschlag des ISB

Aus einem „UZ“-Gespräch mit Präsident Magona

Der Präsident der Union afrikanischer Studenten und Arbeiter in der DDR, Sheku Magona (Sierra Leone), war Teilnehmer jener mehrstündigen herzlichen Aussprache einer internationalen Studentendelegation mit Walter Ulbricht, über die bereits in der Tagespresse berichtet wurde. Der Staatsratsvorsitzende hatte auf Ersuchen des Internationalen Studentenbundes (ISB) Vertreter der „Welt-Studentenmächte“ in seinem Amtssitz ein ausführliches Interview gewährt, bei dem vor allem die Deutschland- und Westberlinfrage sowie die Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber den jungen Nationalstaaten und den noch um ihre Freiheit ringenden Völkern behandelt wurden.

In einem Gespräch erklärte Sheku Magona gegenüber „UZ“-Redakteuren unter anderem: „Es war für uns eine große Ehre, daß wir vom Vorsitzenden des Staatsrats der DDR empfangen wurden. Wir sind sehr gründlich über die Entwicklung Deutschlands nach dem Potsdamer Abkommen, über die gegenwärtige Lage in Deutschland informiert und mit den konkreten Vorschlägen der DDR zur Lösung des Deutschland- und Westberlinproblems vertraut gemacht worden. Der umfang-

reiche Wortlaut des Interviews wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.“

Auf die „UZ“-Frage, welche besondere Absicht der ISB mit dem Gespräch verfolgte, sagte Sheku Magona: „Ich muß zunächst betonen, daß ich an der Aussprache mit dem Staatsratsvorsitzenden nicht als Vertreter des ISB, sondern als Sprecher der afrikanischen Studenten in der DDR teilnahm. Was den ISB betrifft: Er wollte in Erfahrung bringen, wie sich die Regierung der DDR zu dem Vorschlag stellt, daß eine internationale Studentenkommission in beiden deutschen Staaten untersucht, in welcher Weise das Potsdamer Abkommen auf den Gebieten der Erziehung und der Volksbildung durchgeführt wird. (Es handelt sich hier um einen Vorschlag, der auf der jüngsten Tagung des ISB in Djakarta der vom ISB abgespaltenen westlich orientierten Internationalen Studentenkonferenz — ISK — unterbreitet worden ist, Red.) Wir Vertreter der afrikanischen Studenten in der DDR freuen uns, daß der Vorsitzende des Staatsrates einer solchen Kommission jede Unterstützung zugesagt hat. Der Kommission ständen in der DDR alle Türen offen, sagte er, gleichgültig, wie die beiden Verbände eine solche Delegation zusammensetzen.“ Wenn die Kommission jedoch

die Verbrecher des Faschismus, die es in der DDR gibt, sehen wollte, dann müßten allerdings die Gefängnistüren geöffnet werden. Doch an einem solchen Zusammentreffen hätten die ausländischen Gäste wohl kein Interesse, sagte Walter Ulbricht scherzhaft.“

Sheku Magona äußerte zu der Frage, welche Stellung die Union der afrikanischen Studenten zur Arbeit einer solchen Kommission einnimmt: „Die Union solidarisiert sich mit dem Vorschlag des ISB und ist selbst sehr daran interessiert, daß die Jugend der Welt Kenntnisse darüber erlangt, in welchem Sinne die Jugend in beiden deutschen Staaten erzogen wird. Das, was wir hier zur Verbreitung der Wahrheit tun können, ist z. B. in dem kürzlich abgeschlossenen Freundschaftsvertrag mit der Deutsch-Afrikanischen Gesellschaft der DDR fixiert worden. Auch in unserer Resolution vom 17. Juni 1961 haben wir bereits unsere Stellungnahme zur schnellen Lösung der Deutschlandfrage und des Westberlinproblems abgegeben.“

Abschließend sprach Sheku Magona die Hoffnung aus, daß der Vorschlag des ISB von der ISK aufgegriffen und mit der Verwirklichung des Vorschlags dem Frieden ein Dienst erwiesen wird.

KOMMUNIQUE

über die Sitzung des Akademischen Senats vom 5. Juni 1962

Die Tagesordnung des Akademischen Senats am 5. Juni 1962 umfaßte: 1. Bericht des Rektors, 2. Auswertung des Berufspraktikums, 3. Beschlußfassung über den Haushalts- und Arbeitskräfteplan der Karl-Marx-Universität 1962/63, 4. Verschiedenes.

In seinem Bericht ging der Rektor, Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer, zunächst auf die Bedeutung der Delegiertenkonferenz der Parteioorganisation an der Karl-Marx-Universität für die wissenschaftliche und politische Entwicklung der Karl-Marx-Universität ein und überbrachte den Dank der Delegierten an den Senat für dessen Grußadresse. Der Senat beschloß, daß der Bezirksdelegiertenkonferenz der SED ein Grußschreiben durch den Rektor überreichen zu lassen. Es folgte eine Analyse über den Abschluß der Freundschaftsverträge und die Erarbeitung von Jahresarbeitsabkommen mit den Universitäten Leningrad und Wrocław. Der Rektor würdigte in diesem Zusammenhang eine Aussprache von Wissenschaftlern mit dem Stellvertretenden Minister für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Dr. h. c. Paul Wandel über die Möglichkeiten, die Forschungsarbeit stärker auf die Probleme der Außenpolitik unseres Staates zu orientieren.

Die Fichte-Ehrung der Karl-Marx-Universität wurde von ihrer inhaltlichen Gestaltung her positiv bewertet, mußte aber von Seiten der Teilnahme der Universitätsangehörigen als ungenügend eingeschätzt werden.

Von weitreichender Auswirkung auf eine praxisverbundene Forschungs- und Lehrarbeit der Karl-Marx-Universität sowie für die Entwicklung des VEB Kombinat „Otto Grotewohl“ Böhlen werden sich die zwischen verantwortlichen Vertretern beider Institutionen geführten Verhandlungen über den Abschluß eines Jahresarbeitsabkommens erweisen, das am „Tag des Bergmannes“ unterzeichnet wird.

Des weiteren hob der Rektor das am 6. Juni 1962 stattfindende Sportfest der Karl-Marx-Universität hervor. Er forderte die Hochschullehrer auf, den V. Leipziger Studentensommer zu unterstützen.

Eine zentrale Stellung im Bericht nahm der bevorstehende Nationalkongreß ein, zu dem bereits eine Reihe Stellungnahmen vorliegen, die von Delegierten der Karl-

Deutschlands mitzuwirken, das frei ist von den negativen Kräften der Vergangenheit und die wahren Werte des nationalen Erbes würdig erhält und pflegt.

Der Lehrkörper versucht, die Studenten in der Erkenntnis zu stärken, daß ein Krieg die spannungsreichen Weltprobleme niemals lösen kann und daß deshalb der Geist des Gewaltablassens, des Missetuns und des Hasses bekämpft werden muß. Die Wiedervereinigung als das höchste Ziel aller nationalen Denkens und Handelns kann nur auf friedlichem Wege und durch Entspannung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten erfolgen.

Fakultätsrat der Theologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig,
Prof. D. Bardtke, Dekan

Marx-Universität dem Nationalkongreß übergeben werden.

Der Senat stimmte der Empfehlung des Rektors zu, die Senatskonferenz zu Beginn der Ausbildung und Erziehung der Studenten auf Anfang September zu verschleppen, um eine gründliche Vorbereitung zu gewährleisten.

Der persönliche Referent des Prorektors für Studienangelegenheiten, Herr Anstötz, erläuterte die Vorlagen über das Berufspraktikum 1961/62 und die Vorbereitung des neuen Studienjahres 1962/63. Das Ergebnis der weiterführenden Diskussion muß darin bestehen, wie es der Sekretär der Parteioorganisation, Genosse Böhlen, herausgearbeitete, das Praktikum zum Bestandteil des Studiums zu machen und genaue Ziele für die einzelnen Jahre zu erarbeiten. Auf Vorschlag von Frau Prof. Hübner wird künftig auch das Praktikum für Auslandsstudenten sorgfältiger geplant, um dessen Anforderungen entsprechen, und denen die Studenten später in ihrer Heimat zu tun haben.

Der Senat stimmte dem Rahmenseitensplan für das Studienjahr 1962/63 nach eingehender Beratung zu.

Im 3. Tagesordnungspunkt unterbreitete der Verwaltungsdirektor den Haushalts- und Arbeitskräfteplan der Karl-Marx-Universität für das Jahr 1962. Die beiden Verbände beinhalten materielle und personelle Ausstattungen für einen schnellen Ausbau der Wissenschaftsentwicklung an der Karl-Marx-Universität. Die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt war von dem Verantwortungsbewußtsein der Senatsmitglieder gekennzeichnet, die reichen Mittel zur sinnvollen und rationellsten zu verwenden.

In diesem Zusammenhang beschloß der Senat die Bibliothekskommission, Vorschläge zur Veränderung des Bibliothekswesens an der Universität zu erarbeiten, um eine noch sinnvollere Ausnutzung der Mittel zu ermöglichen. Der Senat verpflichtete die Institute und Fakultäten, Bücherwerbungen dem Zentralkatalog der Universitätsbibliothek mitzuteilen.

Im anschließenden Tagesordnungspunkt legte Prof. Dr. Dr. h. c. Georg Mayer eine Sammlung zur Unterstützung der delegierten der Karl-Marx-Universität zu dem VIII. Weltfestspielen in Helsinki an.